

Wie in Deutschland die Militarisierung schon seit Jahren um sich greift.

Was ist Militarisierung?

Militarisierung ist ein Prozess, der nicht nur das Militär und seine Ressourcen, sondern auch dessen politischen und gesellschaftlichen Einfluss betrifft. Inwieweit also das Militär z.B. politischen Einfluss besitzt oder gar die Interessen des Militärs wichtiger genommen werden, als die vom Rest der Gesellschaft.

Ausgangsfrage: Warum braucht es plötzlich so viel Geld für die Modernisierung der Bundeswehr?

Drei Tage nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine stellte sich Kanzler Scholz vor die Abgeordneten des Bundestages, erklärte die „Zeitenwende“ in Deutschland und verkündete eine neue Außen- und Verteidigungspolitik der militärischen Stärke.

Eine Zeitenwende ist DAS aber wirklich nicht. Diese Politik wird mindestens seit 2012 verfolgt. Vorausgegangen war das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Dort formulierten die beteiligten außen- und sicherheitspolitischen Fachleute die Ziele und Ambitionen, die künftig die deutsche Politik entscheidend prägen sollten. Sie einigten sich darauf, dass Deutschland endlich beherzt eine Weltmachtposition anstreben muss.

Die neue Linie wurde nach und nach öffentlich sichtbar, z.B. in den Reden von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Bundesaußenminister Steinmeier bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2014. Dort wurden die Argumente und Ziele aus dem Ergebnispapier des Projektes „Neue Macht“ bereits massiv als neues Staatsziel Deutschlands beworben:

„Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, sagte Steinmeier.

Die Kampfhandlungen in der Ukraine ab 2014 dienten als Argument dafür, den militärischen Führungsanspruch umgehend umzusetzen. Seither verfolgt die deutsche Strategie- und Streitkräfteplanung drei Ziele, für die die Bundeswehr gerüstet werden soll:

Erstens soll es weiterhin möglich sein, in fernen Ländern zu „intervenieren“, um „die Stabilität der Weltsysteme zu erhalten“. Davon steht zwar nichts im Grundgesetz. Aber wenn die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten das so beschließt, dann darf die Bundeswehr in der ganzen Welt tätig sein, z.B. um Rohstoffe, Lieferketten, Interessen und Wohlstand zu sichern.

Zweitens sollen militärische Großverbände neu aufgebaut werden. Großverbände, die mit Gegner mithalten können, die militärische Hochtechnologie verwenden. Die Bundeswehr soll die zweitstärkste Truppe innerhalb der NATO werden. Sie wird in Litauen einen „vorgeschobenen Gefechtsposten“ aufbauen, wo tausende Soldaten fest stationiert werden und binnen Stunden in den Kampf Richtung Osten geschickt werden können.

Drittens setzt die deutsche Politik mittelfristig auf eine „Strategischen Autonomie“ der Länder der Europäischen Union gegenüber den USA. Während Berlin hier gerne den Schwerpunkt der Europäischen Verteidigungsunion bei der Technologieentwicklung sieht, ist das in Paris anders. Dort wird erwartet, dass die anderen Beteiligten mit ihren „Schnellen Einsatzkräften“ Frankreichs Armee unterstützen. Aktuell ist es so, dass die EU Länder geschlossen hinter Paris stehen, sollte es Interventionstruppen in den Niger schicken. Und Berlin führt den Hilfstress an.

Diese drei Ziele im Auge, leitete die Bundeswehr bereits vor Jahren diverse „Trendwenden“ in den Bereichen Personal, Infrastruktur, Material und Finanzen ein. Alles zusammen brachte einen Militarisierungsschub, der von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb. Um alle drei Ziele umzusetzen braucht es immense Summen, die riesige Löcher in den Bundeshaushalt fressen. Dazu waren die Regierungsparteien CDU CSU SPD FDP und Grüne bis 2022 nur eingeschränkt bereit.

Mit der „Zeitenwende“ hat sich das grundlegend geändert. Jetzt wird nicht mehr gefragt: „wer soll das bezahlen“? Jetzt wird einfach ein „Sondervermögen“ für die Bundeswehr in unser Grundgesetz geschrieben. Jetzt wird der Zeitraum für die bereits geplante Umgestaltung um viele Jahre verkürzt. Das militaristische Zeitenwende-Programm der Bundesregierung setzt materiell ungeahnte Kräfte frei und beschert der deutschen Rüstungsindustrie auf lange Sicht Rekordprofite.

Keiner kann sagen, wo Schluss ist, denn bisher sind die Kosten für Wartung und Unterhalt der neuen technischen Systeme, für Munition usw. noch gar nicht mit bedacht.

Wenn es dann nicht für alle gesetzlichen Aufgaben des Bundes reicht, werden – wie im geplanten Haushalt 2024 – mal eben Dutzende Mrd € in den sozialen Bereichen gekürzt.

Die Kürzungen im Sozialbereich wird die Mehrheit der Menschen in Deutschland in ihrem Alltag zu spüren bekommen. Aber es gibt neben dem riesigen Geldbedarf des Militärs noch andere Folgen; Folgen für unser gesellschaftliches Miteinander. Denn Kanzler Scholz rief in seiner Rede zu einer gesamtgesellschaftlichen „mental“ oder „geistigen“ Zeitenwende auf.

Was damit gemeint ist? Vereinfacht gesagt sollen neue „Sicherheitsstrukturen“ aufgebaut werden, wozu alle gesellschaftlichen Bereiche jeweils ihren Anteil beitragen. Egal ob Verwaltung, Sozialdienste, Dienstleister oder Produktionsbetriebe. Man möchte erreichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an militaristische Lösungen gewöhnen und ihre Bedenken gegen Kriege verlieren. Das wurde auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie so formuliert, die die Bundesregierung vor Kurzem vorgelegt hat.

Es sind schon vielerorts solche Umbrüche zu sehen, wo Ziviles und Militärisches nicht mehr ausreichend getrennt wird; in Wissenschaft und Forschung, in Technikentwicklung und Produktion, in großen und kleinen Unternehmen. Die Forderungen werden lauter, den militärischen Erfordernissen eine höhere Priorität zu geben, als den zivilen.

Das setzt sich auch im Alltäglichen fort. Ein Beispiel ist die „Partnerschaft für den Reservedienst“, die die Stadt Maintal kürzlich mit der Bundeswehr abgeschlossen hat.

Dazu muss ich kurz den Hintergrund erklären.

2012 wurde beschlossen, neben der Bundeswehr einen Heimatschutz einzurichten. Reservisten unterstützen die Truppen z.B. mit Wach- und Logistkdiensten. Im „Verteidigungsfall“ sind sie für den Zivilschutz, den Schutz der Bevölkerung zuständig. Und im Katastrophenfall können Reservisten angefordert werden, um Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste, Krankenhäuser, Feuerwehr, Polizei und Verwaltungen zu unterstützen.

Die Führung in unserem Bundesland liegt beim „Landeskommando Hessen“ in Wiesbaden. Es gibt Verbindungskommandos genannte Stellen bei allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten sowie den drei Regierungspräsidien. Sie sollen die zivilen Kräfte beraten und im Katastrophenfall unterstützen.

Mit diesem Gesetz von 2012 wurden der zivile Katastrophenschutz eng mit dem Heimatschutz verbunden. Wir fragen uns, wie weit die Eingliederung in die militärischen Strukturen schon geht.

Das Verbindungskommando in Wiesbaden hat zwei Projekte am Laufen, um ausreichend Personal für den Aufbau seiner Heimatschutzkompanien Süd und Nord zu bekommen. Das eine ist die Ausbildung Ungedienter zu Reservisten. Das zweite nennt sich „Kooperationsprogramm der Bundeswehr mit Wirtschaft und Arbeitgebern“.

Nicht nur Maintal und der MKK unterstützen das. Weit über 200 hessische private und öffentliche Arbeitgeber haben seit Anfang des Jahres einen solchen Partnerschaftsvertrag abgeschlossen. Auch das ist ein Schritt, die Bundeswehr im „Innern wieder sichtbar zu machen“, wie diverse Politiker fordern.

Zum Schluss noch ein wichtiges Thema, das mich zutiefst beunruhigt.

Die Eingewöhnung in militaristisches und Sicherheitsdenken fängt leider wieder einmal schon bei den Kindern an.

Jugendliche werden heute nicht nur mit Werbung für „den Job, der zählt“ und mit Videos auf diversen Social Media Plattformen geködert. Es gibt Onlinespiele und virtual reality, wo die Jungs und Mädels schon mal in das „Abenteuer Bundeswehr“ eintauchen können. Das sind gut gemachte, kostenlose Alternativen zu kommerziellen Ballerspielen.

Wer nicht von selbst drauf kommt, dem wird an vielen Schulen nachgeholfen. Eine Reihe von Bundesländern (auch Hessen) hat Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr abgeschlossen. Sogenannte Jugendoffiziere können im Politikunterricht an den Schulen mit professionell ausgearbeiteten Materialien den Schülern ihre Sicht von Krieg, Frieden und Sicherheit nahebringen. Denn die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Und damit reicht es aus, wenn Schüler sich nur mit dieser Sichtweise beschäftigen. So die Auffassung im zuständigen hessischen Ministerium. Die Vereinbarungen mit der Bundeswehr umfassen außerdem auch Bildungsprogramme für Lehrer und Referendare. Und Ausflüge zur Bundeswehr darf es auch geben.

Sie fragen sich, wo da die Vermittlung von Politik für den Frieden bleibt? Wir auch. Die GEW hat ganz richtig gefordert, dass auch Konfliktlösungen jenseits des Militärs in den Schulen vermittelt werden müssen. Aber Positionen aus der Friedensbewegung sind weder für den Unterricht noch für die Fortbildung der Lehrer vorgesehen. Manche Schulleitungen untersagen es gar ihren Lehrern, Materialien von Friedensgruppen im Unterricht zu verwenden.

Gehen wir mit unseren Kindern noch einen Schritt weiter:
20.000 neue Rekruten braucht die Bundeswehr schon jetzt jedes Jahr. Und so treffen die Jugendlichen auf den Jobmessen für Schulabgänger dann die netten Männer und Frauen im Tarnfleck wieder, die sie nun über die tollen Berufsaussichten bei der Bundeswehr beraten. Da unterschreiben dann schon 16-Jährige den Vertrag für den „Dienst an der Waffe“. Mit ihrer Unterschrift verzichten sie auf das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Leben. Die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung wird bestraft. 16, 17, 18, 19, 20-Jährige, die Soldat*in sein als Job, als Chance, als Abenteuer sehen.

Sie unterschreiben, auf Befehl andere Menschen zu töten.
Da ist es mir doch wesentlich lieber, wenn sie sich an Straßen und Bildern festkleben.

Redebeitrag zum 1. September 2023 in Hanau
Monika Bootz www.wetterau-aktionfrieden.de